



DIE SITUATION (UNBEGLEITETER) MINDERJÄHRIGER UND JUNGER VOLLJÄHRIGER GEFLÜCHTETER IN DEUTSCHLAND

Auswertung der Online-Umfrage 2019

Die Ergebnisse der bundesweiten Online-Umfrage des Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V. zur Situation junger Geflüchteter im Bundesgebiet stehen nun bereit.

[Auswertung der Online-Umfrage als PDF-Datei](#)

Im Jahr 2019 haben wir über die Situation der unbegleiteten minderjährigen und jungen Erwachsenen hinaus auch die Einschätzung der 1098 befragte Fachkräfte zur Situation von Kindern und Jugendlichen in Familienbegleitung abgefragt.

Obgleich viele Verbesserungen in der Versorgungsstruktur durch die Umfrage dokumentiert werden, besteht in vielen Bereichen ein großer Handlungs- und Qualifizierungsbedarf. So sind etwa Rechtsschutzmöglichkeiten im Kontext von bundesweiter Verteilung und Alterseinschätzung unzureichend sowie ein großer Teil der Jugendlichen unter der Unmöglichkeit von Familienzusammenführungen aus dem Ausland aber auch innerhalb von Deutschland leidet. Die Ergebnisse verdeutlichen noch stärker als die Vorjahresumfrage, dass Jugendliche Geflüchtete massiv unter Gewalterfahrungen leiden.

Rassismus und Diskriminierungserfahrungen prägen ihren Alltag.

Die Fachkräfte berichten von Diskriminierungen im Gesundheitssystem, im Bildungssystem aber auch im Kontext von Asylverfahren. Unterstützungsangebote für Mädchen und jungen Frauen erweisen sich laut Umfrageergebnissen als noch eingeschränkter. So seien Wohnungsangebote für Mädchen nach der Jugendhilfe kaum vorhanden. „Die bestehenden Missstände müssen ernst genommen werden, um die Rechte der Minderjährigen und Heranwachsenden zu schützen und ihre Zukunftsperspektiven zu stärken“ fordert Johanna Karpenstein vom Bundesfachverband umF.

Die Umfrage dokumentiert, wie ein gesellschaftliches Klima, das junge Geflüchtete kriminalisiert, Einzug in die Praxis erhält. Der vielerorts stattfindende Rückbau von Versorgungsstrukturen negiert die politische Verantwortung für Zukunftsperspektiven junger Geflüchteter. Der Bundesfachverband umF fordert:

- Familienzusammenführungen müssen ermöglicht und beschleunigt werden!
- Rechtsschutzmöglichkeiten müssen insbesondere in Verfahren der bundesweiten Verteilung und der Alterseinschätzung sichergestellt werden!
- Eine angemessene Aufklärung und Beteiligung der Jugendlichen in sie betreffenden Verfahren ist dringend erforderlich! Qualifizierungen von Fachkräften müssen in vielen Bereichen intensiviert werden!

Diesen Entwicklungen entschieden entgegenzutreten ist Aufgabe einer starken Jugendhilfe und eines solidarischen Unterstützungssystems! Wir freuen uns auf Verbesserung!

Kontakt: Johanna Karpenstein, j.karpenstein@b-umf.de

